

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post; 1 Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
gebühren für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig! Das einzelne Exemplar kostet 10 Goldpfennige, Porto extra

62. Jahrgang

Leipzig, den 15. November 1924

Nummer 97

Nachlese und Nachlänge

Lohn und Preis im Buchdruckgewerbe ab 1. November 1924

Der am 8. November d. J. vom Reichsarbeitsminister rechtsverbindlich erklärte neue Schiedsspruch für die tarifliche Lohnregulierung im Buchdruckgewerbe erhöht den tariflichen Wochenlohn für Buchdrucker und Hilfspersonal ab 1. November d. J. um 19 Proz., und zwar in der Spitze von 33,60 auf 40 M. Damit erhöht sich der Buchdruckerlohn im Reichsdurchschnitt von 28,80 M. auf 34,27 M. Im Vergleich zur Reichsindexziffer der letzten vier Wochen, mit 123 gegen 100 im Frieden, bedeutet dies, wenn wir nur den in Nr. 86 der „Zeitschrift“ angegebenen Durchschnittslohn des Jahres 1912 (der übrigens noch erheblich unter dem von uns mit Hilfe der berufsgenossenschaftlichen Statistik des Jahres 1912 ermittelten Durchschnittslohn zurückbleibt) von 30,49 M. in Vergleich ziehen, eine Annäherung des Reallohnes von 100 im Frieden auf 91 jetzt. Es bleibt somit der jetzige Buchdruckerlohn im Reichsdurchschnitt noch um 9 Proz. hinter dem Durchschnittslohn der Vorkriegszeit zurück. Wir stellen diesen statistischen Nachweis auf der sehr dürftigen Basis der Reichsindexziffer an den Anfang unserer Nachlese, weil jetzt schon wieder Stimmen in der Öffentlichkeit laut werden, die von einer unberechtigt hohen Lohnsteigerung der Buchdrucker reden. Es wäre ein leichtes, nachzuweisen, daß die Verteuerung der Lebenshaltungskosten im Vergleich zur Vorkriegszeit noch viel größer ist, als dies die Reichsindexziffer als Maßzahl angibt. Aber wir wollen vorerst noch mit umfangreicheren Statistiken zurückhalten und lediglich die Zahlen sprechen lassen, die die Unternehmer selbst für ihre diesmalige Taktik in Anspruch genommen haben, ohne jedoch deren Berechtigung anzuerkennen. Die einmalige Sonderzulage am 5. Dezember schalten wir bei dieser Berechnung aus, weil sie mit den für ihren Ausschlusstag in Frage kommenden Kosten der Lebenshaltung noch nicht in Vergleich gestellt werden kann und außerdem nur als bescheidener Ausgleich für zurückliegende Zeit und unzureichende Entlohnung gelten könnte.

Daß angesichts dieser Sachlage der Deutsche Buchdrucker-Verein es trotzdem wagte, den bisher schon außerordentlich hohen Druckpreistarif um weitere 10 Proz. zu erhöhen, obwohl der Lohnanteil in Satz und Druck an den Gestehungskosten auch nach der jetzigen Lohnerhöhung nur etwa 25 Proz. beträgt, wollen wir ebenfalls in den Vordergrund dieser Betrachtung der gegenwärtigen Situation im Buchdruckgewerbe stellen. Denn auch hier sieht sich die gänzlich unberechtigte und rücksichtslose Haltung des Deutschen Buchdrucker-Vereins in allen gewerblichen Lohn- und Preisfragen. Selbst wenn man zugeben könnte, daß die bisherige Entwicklung des Druckpreistarifs ihre Berechtigung hätte, so würde die jetzige Lohnerhöhung um rund 20 Proz. (einschließlich der Sonderzulage) nur eine Erhöhung des Druckpreistarifs um höchstens 5 Proz. rechtfertigen. Der Deutsche Buchdrucker-Verein hat jedoch eine solche von 10 Proz., also das Doppelte, beschloffen, obwohl die Großhandelspreise in der letzten Zeit von Woche zu Woche eine sinkende Tendenz aufzuweisen haben, durch die die neue Lohnerhöhung völlig ausgeglichen wird. Die unerkorene Haltung der „Zeitschrift“ während der jetzigen Lohnbewegung gegenüber der Gehilfenschaft wie auch ihre tendenziöse Denunziation der berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes als Ausnutzung der gegenwärtigen oder bevorstehenden Reichstagswahlkampagne zwingt uns zu der öffentlichen Feststellung, daß nach der jetzigen Erhöhung des Druckpreistarifs dieser rund 100 Proz. über den Friedenspreisen steht, während der Buchdruckerlohn trotz seiner jetzigen Erhöhung um 19 Proz. im Reichsdurchschnitt im Vergleich zu der sehr kärglich aufgebauten Reichsindexziffer noch um 9 Proz. unter dem Durchschnittslohn der Friedenszeit bleibt; wobei die noch viel höheren Seltungspreise noch nicht einmal berücksichtigt sind!

Nicht unerwähnt sei schließlich noch, daß nach der neuen Lohnfestsetzung der tarifliche Buchdruckerlohn nur für etwa den fünften Teil aller Buchdruckergehilfen 40 M. beträgt, und zwar für die verheirateten über

24 Jahre alten Gehilfen in rund 30 Druckorten, wovon 14 allein im westlichen Deutschland (Tarifkreis II) liegen, neun im Tarifkreise III (Frankfurt-Hessen), nur drei in ganz Süddeutschland, im ganzen Osten gar keiner, in Sachsen nur Leipzig und im ganzen übrigen Deutschland nur Berlin, Hamburg, Harburg und Helgoland. Aber selbst in diesen 30 Druckorten erhalten nur etwa 60 Proz. der daselbst beschäftigten Gehilfen den höchsten Spitzenlohn, während die übrigen 40 Proz. tariflichen Lohnabstufungen unterworfen sind, die von 37,60 M. bis zu 28 M. herabgehen. In allen übrigen Druckorten (noch über 2000) staffeln sich die Tariflöhne der Buchdrucker von 39,20 M. bis herab zu 22,40 M.; während sich für das Hilfspersonal in den Druckorten mit 25 Proz. Ortsausschlag die Tariflöhne von 35 M. in der Spitze bis zu 15,18 M. abstaffeln, in den übrigen Druckorten dagegen von 32,34 M. bis herab zu 12,14 M. pro Woche.

Gegenüber falschen Darstellungen in der bürgerlichen Presse, die wie in keinem andern Industrie- und Gewerbebezweig dem Unternehmertum im Buchdruckgewerbe in „eigener Sache“ zu Hilfe kommt, glauben wir zu diesen Darlegungen über die heutigen Tariflöhne im Buchdruckgewerbe ganz besonders verpflichtet zu sein. Denn die gänzlich unberechtigte Erhöhung des Druckpreistarifs wird dem Deutschen Buchdrucker-Verein wahrscheinlich Veranlassung geben, die „öffentliche Meinung“ in dieser Beziehung ganz gewaltig an der Nase herumzuführen. Die beiden letzten Nummern des offiziellen Organs des Deutschen Buchdrucker-Vereins lassen mit aller Deutlichkeit eine geradezu empörende Irreführung der Öffentlichkeit in dieser Richtung erkennen. Und so gern wir uns im Interesse des gewerblichen Friedens nach der durch den Reichsarbeitsminister getroffenen Entscheidung einige Zurückhaltung auferlegt hätten, so müssen wir nun doch noch auf den Gang und Stand der Dinge etwas näher eingehen, zumal sich die „Zeitschrift“ in dieser ersten Zeit keinen andern Rat wußte, als durch politische Schaumbläserei und Verdächtigungen unserer Vertreter die soziale und wirtschaftspolitische Blamage der diesmaligen Lohn- und Preisstrategen im Deutschen Buchdrucker-Verein zu bemänteln.

Zusammenfassung der diesmaligen Lohnverhandlungen

Am 28. Oktober, also vor beinahe drei Wochen, trat die Tarifkommission zusammen. Die Forderung der Vertreter der Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes lautete auf Erhöhung des tariflichen Spitzenlohnes von 33,60 M. auf 44 M. ab 25. Oktober bis 28. November d. J. Die von unsern Vertretern gegebene Begründung stützte sich auf die auch heute noch unbestreitbare Verteuerung der Lebenshaltungskosten um rund 40 Proz. und der noch höheren Unterbilanz aus dem damaligen Tariflohn in allen Teilen des Reichs sowie auf die sehr günstige Lage des Gewerbes, die eine Bewilligung der geforderten Lohnerhöhung ohne jeden Nachteil für das Gewerbe und ohne jede Preiserhöhung ermöglicht hätte. Die Forderung der Prinzipalsvertreter lautete dagegen auf Verlängerung des seit Mai d. J. unverändert gebliebenen Lohnstarifs bis zum Ablauf des Mantelstarifs am 31. Januar 1925 und somit Ablehnung einer Lohnerhöhung auch nur um einen einzigen Pfennig. Die Begründung dieser geradezu aufreizenden Zumutung gipfelte mangels jeder Möglichkeit einer solchen aus der guten Lage des Gewerbes in einer kaum zu verborgenden Spekulation auf Hilfe des Reichsarbeitsministeriums aus sogenannten „allgemeinen wirtschaftspolitischen Gründen“. Damit waren die „Verhandlungen“ der Tarifkommission schon in der ersten Stunde gescheitert. Eine Anrufung des Reichsarbeitsministeriums wurde von unsern Vertretern abgelehnt, nicht zuletzt aus den offensichtlichsten Gründen, die die Unternehmer nach der Scharnhorstfrage in Berlin drängten. Die Herrschaften hatten es damit so eilig, daß sie glaubten, der Reichsarbeitsminister hätte nichts anderes zu tun, als darauf zu warten, bis er vor den reaktionären Karren des Deutschen Buchdrucker-Vereins gespannt werden könnte. Sie rechneten sogar schon mit dies-

bezüglichen Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium noch am gleichen Nachmittage. Doch die Sache hatte schon beim ersten Anblich nicht. Erst zwei Tage später, am 30. Oktober, setzte das Reichsarbeitsministerium auf Anrufung der Prinzipale ein Schiedsgericht ein. Auch hier zeigte sich die soziale und wirtschaftspolitische Kurzsichtigkeit der Prinzipalsvertretung sofort in Reinkultur. Sie lehnten von vornherein jede freie Vereinbarung ab und bestanden auf der schiedsgerichtlichen Entscheidung. Da wir in Nr. 93 über diese Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium schon ausführlich berichtet haben, können wir diese hier übergehen. Das Resultat war der bekannte Schiedspruch in der Nacht vom 30. Oktober, der eine Erhöhung um rund 10 Proz. und einen Spitzenlohn von 37 M. vorsah. Die Begründung dieses Schiedspruches, der ohne Zustimmung der Parteivertreter nur vom Schlichter, dem Herrn Reichswirtschaftsgerichtsrat Dr. Königberger, gefaßt wurde, ließ schon erkennen, daß es dem Herrn Schlichter dabei nicht ganz wohl war. Er schien sich der Unzulänglichkeit seiner Entscheidung selbst bewußt zu sein und gab ihr daher eine Begründung, die trotz des Ernstes der Situation einer gewissen Komik nicht entbehrt, im übrigen aber nicht verbergen konnte, daß hiermit ein Urteil begründet wurde, das dem Richter innerlich selbst keine Befriedigung gewährte. Wir erkennen gern an, daß das Amt eines Schlichters sehr undankbar ist; aber gerade deshalb sollte ein Schlichter nicht davor zurückschrecken, seinem eignen Empfinden in kritischen Fällen gerecht zu werden. Dann hat er wenigstens die Genugtuung, daß er von beiden Parteien als praktisch handelnder Mann und nicht nur als pflichtgetreuer Beamter beurteilt wird. Wir fühlen uns zu diesen Bemerkungen gedrängt, weil es unsre Vertreter weber an eindringlichen Beweisen für die Notwendigkeit einer andern Entscheidung noch an Hinweisen auf die wirtschaftliche und tragbare Möglichkeit einer genügenden Berücksichtigung der berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft fehlen ließen. Wir können uns deshalb die Unzulänglichkeit des Schiedspruches vom 30. Oktober nur dadurch erklären, daß sein Schöpfer sich von den in Folge § 8 der Satzungen des Deutschen Buchdrucker-Vereins am irreführenden Vertretern der Prinzipale auf die schiefe Ebene einer ganz erheblichen Unterschätzung der wirtschaftlichen Erstarkung des deutschen Buchdruckergewerbes locken ließ. Die Folge dieser Entscheidung war denn auch im ganzen deutschen Reiche der schwarze Kunst eine gewaltige Empörung, die die Arbeitsfreudigkeit zurück- und den Willen zur kräftigeren Durchsetzung einer höheren Entlohnung als Hauptfrage in den Vordergrund treten ließ. Die ersonnenen telegraphischen und schriftlichen Proteste gegen den Schiedspruch vom 30. Oktober, die nach dessen Bekanntwerden im Reiche auf dem Chamissoplatz in Berlin aus allen Ecken Deutschlands sich sammelten, machten für den Verbandsvorstand die Einberufung einer Gauvorsteherkonferenz zu einer unbedingten Notwendigkeit. Denn dieser Schiedspruch schlug sozusagen dem Fahn den Boden aus. Daß er vom Deutschen Buchdrucker-Verein anerkannt und seine Verbindlichkeitserklärung beantragt wurde, gab der Sache noch eine viel kritischere Bedeutung, für deren Ausgang der Verbandsvorstand die Verantwortung allein nicht mehr übernehmen konnte.

Die Gauvorsteherkonferenz des Verbandes tagte dann schon zwei Tage darauf, am 2. November. Der Verlauf und das Resultat ihrer Beratungen ist in Nr. 94 des „Korr.“ eingehend und sachgemäß geschildert. Der Aufruf an die Geseilschaft zur Aufrechterhaltung und Geltendmachung der ursprünglichen Forderungen unserer Tarifvertreter wirkte wie eine Erlösung auf die gesamte Kollegenchaft im ganzen Lande vom Bodensee bis nach Königsberg, von Friesland bis ins Riesengebirge. In geradezu musterhafter gewerkschaftlicher Gesetzmäßigkeit wurden die am 5. November überall bekanntgewordenen Anordnungen der Gauvorsteherkonferenz befolgt. Daß nur wenige Orte, die man an den Fingern einer Hand abzählen kann, schon vorher ihren Gefühlen allzu freien Lauf ließen und sofort in den Streik getreten waren, mag in Anbetracht ihrer örtlichen Verhältnisse zwar verständlich sein, bleibt aber in Hinsicht auf die unbedingte erforderliche Disziplin innerhalb unseres Verbandes ein Fehler, für den die betreffenden Mitgliedschaften die Verantwortung selbst zu tragen haben. Es wird darüber nach Abschluß der Bewegung vielleicht noch einiges zu sagen sein; die Hauptsache ist, daß trotzdem die Haltung der Kollegenchaft in Großstadt wie Provinz als eine geradezu erhebende bezeichnet werden konnte. Mag es da und dort auch einige Wühlfäden gegeben haben, sie werden sich heute in ihrem Innern dessen schämen, wenn nicht überhaupt Hopfen und Mals in jeder Beziehung an ihnen verloren ist. Kurz und gut, unser Verband war in diesen Tagen eine Schicksalsgemeinschaft der gegenseitigen Treue und Abwehr gegen übermächtige Arbeiterfeinde, wie sie besser und schöner kaum noch zu denken ist. Und dieser erfreulichen Tatsache ist es auch zuzuschreiben, daß unsere Unterhändler in Berlin festen Boden unter den Füßen hatten und alle Versuche, sie von ihren Forderungen abzubringen, vergeblich bleiben mußten. Wir haben gar keine Ursache, zu verhehlen, daß, wenn am 28. Oktober die Prinzipalsvertreter auch nur eine Spur von Verständigungswillen gezeigt hätten, in freier Vereinbarung schon damals hätte ein Abschluß zustande kommen können, der sich ungefähr auf der gleichen Linie wie der Schiedspruch vom 8. November bewegt hätte. Denn es war keine ultimative Forderung, sondern ein ernstes Appell an die Gerechtigkeit, der allerdings nicht wie früher und anderwärts unter die Äpfel gedrückt werden durfte, son-

dern in dem erst am 8. November als Zwangsentcheid zur Reife gekommenen Resultat dem Gewerbe die großen Verluste der dann folgenden Unruhe und Arbeitsunlust in allen Betrieben sicher erspart hätte.

Durch den von den Prinzipalsvertretern heraufbeschworenen ungeliebten Schiedspruch vom 30. Oktober mit einer Lohnerböhung von nur 10 Proz. wurde jedoch der Stein erst ins Rollen gebracht. Unse Gauvorsteherkonferenz war dadurch gezwungen, die Bewegung in einheitliche Bahnen zu lenken und für sie Richtlinien aufzustellen, die sowohl der Lage des Gewerbes wie seiner Arbeiterschaft Rechnung trug. Infolgedessen war auch für die vom Reichsarbeitsministerium zum 5. November einberufenen Einigungsverhandlungen, die wie üblich vor einer beantragten Verbindlichkeitserklärung stattfinden haben, für unsre Vertreter eine ganz andre Situation gegeben als acht Tage früher beim ersten Zusammentritt der Tarifkommission. Jetzt konnte es sich nicht mehr darum handeln, in freier Vereinbarung ein Abkommen zu treffen; das sich etwa im Rahmen der Möglichkeit vom 28. Oktober bewegt hätte. Sondern jetzt handelte es sich darum, auf eine Entscheidung zu drängen, die den ursprünglich aufgestellten Forderungen möglichst gerecht wurde und in diesem Sinne auch die Unmöglichkeit einer Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches vom 30. Oktober (37 M. in der Spitze) zu beweisen. Es kann in diesem Zusammenhang dem die Verhandlungen führenden Vertreter des Reichsarbeitsministers, dem Herrn Oberregierungsrat Dr. Nemes, ohne jeden persönlichen Einschlag besagt werden, daß er sich die denkbar größte Mühe gab, in 1 1/2 tägigem Ferkelverkehr zwischen hüten und drüben eine sogenannte mittlere Linie zu finden. Aber alles war umsonst. Von einer Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches mit 37 M. in der Spitze konnte natürlich überhaupt keine Rede mehr sein. Denn auch Herr Dr. Nemes mußte sich im Laufe der Verhandlungen davon überzeugen haben, daß dies Krieg statt Frieden bedeutete. Nach dem rechtlichen Stande der Dinge in diesem Stadium bedeutete für die Unternehmer die Aufrechterhaltung ihres Antrags auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches von 37 M. die Unmöglichkeit der Einteilung eines Zwangsschiedsverfahrens durch das Reichsarbeitsministerium. Nur aus diesem Grunde zogen sie daher schließlich auch ihren Antrag auf Verbindlichkeitserklärung dieses Schiedspruches zurück. Und es ist charakteristisch für die Wahrheitsliebe der verantwortlichen Vertretung des Deutschen Buchdrucker-Vereins, daß sie nicht einmal den Mut aufbrachte, von diesem Stande der Dinge die Mitglieder ihrer Organisation wahrheitsgemäß zu unterrichten. Denn obwohl unsre Gauvorsteherkonferenz schon am 2. November die entsprechenden Maßnahmen beschlossen hatte und diese schon durch den „Korr.“ am 5. November im ganzen Reiche bekannt waren, haben die Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Vereins noch nahezu zwei Tage im Reichsarbeitsministerium mit dem Vertreter des Reichsarbeitsministers um die Verbindlichkeitserklärung gerungen, und erst als sie erkannten, daß alle ihre diesbezüglichen Bemühungen umsonst waren, sogten sie am 7. November ihren Antrag auf Verbindlichkeitserklärung mit folgender Begründung zurück:

Die Arbeitnehmerorganisationen haben dadurch, daß sie entgegen den tariflichen Bestimmungen vor Abschluß des Schlichtungsverfahrens ihre Mitglieder offiziell zu Kampfmaßnahmen (Massenkündigungen, Verweigerung von Überstunden) aufgefordert haben und wilden Streiks nicht entschieden genug entgegengetreten sind, dargetan, daß sie an einer Fortführung des Schlichtungsverfahrens kein Interesse haben. Infolgedessen entfällt dieses Interesse auch für die Arbeitgeber.

Wir glauben, daß im Reichsarbeitsministerium diese Begründung der Zurückziehung des Antrags auf Verbindlichkeitserklärung mit verständnisvoller Befriedigung aufgenommen wurde. Denn zuerst ließen sich die Herren des DRB. beinahe die Fäuste wund, um die Verbindlichkeitserklärung trotz Gauvorsteherkonferenzbeschlüsse zu erzielen; dann aber, als sie nach tagelangen Überredungskunststücken merkten, daß sich der Reichsarbeitsminister doch nicht wunschgemäß vor ihren Karren spannen lassen wollte, entdeckten sie endlich, daß sie sich nur noch schimmer in die Kesseln setzen würden, wenn sie ihren Antrag nicht vor der endgültigen Entscheidung zurückzögen. Flugs suchten sie wieder nach einem Sündenbock und entdeckten endlich die Gauvorsteherkonferenz. Mangels jeder andern Begründung ihrer Blamage denunzierten sie diese dem Reichsarbeitsminister als Störenfried ihrer idyllischen Träume. Dem Erfinder dieses Kniffes gebührt für meisterhafte Verdrehung und Verdunkelung der Tatsachen ein Diplom.

Damit war endlich nach langem Hängen und Würgen auf mehr Krumpfen als graden Wegen die Bahn frei zum letzten Akt, zum Zwangsschiedsverfahren. Herr Professor Dr. W r a h n hatte die undankbare Aufgabe übernommen, am 8. November die feindlichen Parteien wieder zusammenzuführen und sie zunächst zu einer Verständigung zu bewegen. Die gemundene und konstante Art der Verhandlungstechnik dieses wissenschaftlichen Meisters der Wirtschaftspsychologie gab den Verhandlungen von vornherein einen sehr sachlichen und gewissenhaften Charakter, der in erster Linie auf eine Überbrückung der schroffen Gegensätze abzielte. Leider war jedoch infolge der schon zur Genüge gekennzeichneten Haltung der Prinzipalsvertreter die Situation so schwierig und ernst geworden, daß eine Einigung in freier Vereinbarung nicht mehr möglich war. Wenn

auch von Prinzipalsseite nunmehr wenigstens die durch den Schiedspruch vom 30. Oktober mit 37 M. in der Spitze ausgesprochene Lohnerhöhung als Verhandlungsgrundlage nachträglich anerkannt wurde, so ließen doch die weiteren Ausführungen des Prinzipalsredners erkennen, daß wesentlich mehr nicht zugestanden würde. Er bezeichnete die Forderung der Gehilfenschaft von 44 M. als gänzlich unbegründet und als weit über das Ziel hinauschießend. Seit Mai d. J. sei zwar eine gewisse Verteuerung der Lebenshaltung eingetreten, aber diese betrage, gemessen nach der Reichsindebüßer, nur etwa 7 bis 8 Proz. An Hand der Statistik von Dr. Kuczynski versuchte er nachzuweisen, daß die Lebenshaltung heute nur etwa 7 bis 9 Proz. teurer sei als vor dem Kriege. Auf dieser Basis seien in letzter Zeit viele Lohnabschlüsse mit andern Gewerkschaften vereinbart worden. Der Schiedspruch vom 30. Oktober halte sich auf der gleichen Basis und könne daher nicht überschritten werden. Alle darüber hinausgehenden Ansprüche seien unberechtigt, nicht tragbar und im Rahmen der gesamten Wirtschaft völlig abwegig. Leider sei auf Arbeiterseite nicht die Einsicht vorhanden, daß auf dem Wege der Lohnerhöhungen keine Besserung der Lage der Arbeiterschaft möglich sei. Dies sei nur auf dem Wege des Preisabbaues zu erreichen. Das dauernde Operieren mit der guten Konjunktur sei ein großer Irrtum. Im Zeltungsgerwerbe gebe es wohl einzelne Unternehmungen, die sehr gut prosperieren, aber auch viele, die nicht so günstig dastehen. Im Buchdruck seien drei Viertel aller Gehilfen beschäftigt; dieser Gewerbezweig sei wohl heute gut beschäftigt, aber trotzdem sei seine finanzielle Lage nicht zum besten. Gerade der Buchdruck habe in den letzten Jahren enorme Steuerlasten zu tragen gehabt. Die Betriebskapitalien gingen verloren; es mußte wieder gegen Zinsen bis zu 50 Proz. geborgt werden. Die Steuersummen in barem Gelde seien ganz enorm. Die Betriebe seien ohne Geld, während in den Staats- und Gemeindefinanzkassen Überfülle vorhanden sei, so daß diese nicht wüßten, wo sie mit dem vielen Gelde hinsollten. Nun sollen ja im Steuerwesen Erleichterungen eintreten; diese würden aber auch der Arbeiterschaft zugute kommen und deren Lage erleichtern. Das Hunderte von Firmen schon bewilligt hätten, sei nicht zu beweisen. Die Gehilfenschaft solle den Hogen nicht überspannen, sie könnte vielleicht den Kopf gewaltig anrennen. Wenn keine Verständigung zu erzielen sei, so werde die Klus viel härter zu knaden sein, als die Arbeiter sich das vorstellen. Es niße nichts, wenn vielleicht für etwa 10 000 Gehilfen bewilligt sei, denn dann fehlen immer noch 65 000 Gehilfen. Amerikanische Verhältnisse sollten für uns nicht maßgebend sein; denn dort seien so große Konjunkturschwankungen, daß in Zeiten guten Geschäftsganges die Löhne bis zu 30 Proz. höher stiegen, aber bei Rückgang der Konjunktur auch wieder ebenso große Arbeitslosigkeit eintrat. Bei uns käme dies nicht vor. In den deutschen Buchdruckereien werde immer ein fester Gehilfenstand gehalten und bei schlechteren Zeiten habe man sich mit Kurzarbeit durchgeholfen. Und ein Heruntergehen der Löhne habe er in unserm Gewerbe noch nicht bemerkt. Es handle sich hier aber auch um noch viel mehr als nur um die Lohnfestsetzung. Komme es zum Kampfe, dann sei der Reichstarif erledigt. Es sei der Wunsch der Prinzipale, zu einer Einigung zu kommen, aber dann dürfe der Hogen nicht überspannt werden.

Diese Ausführungen des Prinzipalsredners fanden infolge ihrer trafen Widersprüche zu den tatsächlichen wirtschaftlichen und gewerblichen Verhältnissen in der Vergangenheit und Gegenwart oft fürmlichen Widerspruch von Gehilfenseite. Und die nachfolgenden Redner zerpflückten im weiteren Verlauf der Debatte diese sonderbare Begründung der Haltung der Prinzipalsvertreter sozusagen bis zur letzten Schwanzfeder. Es wurde den Herren gesagt, daß auch die Arbeiterschaft eine freie Verständigung einem Diktat der Staatsgewalt vorziehe. Aber schon vom ersten Tage der Verhandlungen an hätten die Prinzipalsvertreter zu erkennen gegeben, daß sie keine Verständigung wollten. Nur dadurch sei es gekommen, daß die Gehilfenschaft lebt vor einer ganz andern Situation stehe, und das es nunmehr nicht mehr möglich sei, von den aufgestellten Forderungen abzuweichen. In drastischer Weise wurde den Prinzipalen ihre Konjunkturpolitik während der letzten Jahre und der Inflationszeit ins Gedächtnis gerufen. Die Behauptung des Prinzipalsredners, daß ihm von einer Lohnherabsetzung im Buchdruckgewerbe nichts bekannt geworden sei, fand ihre Widerlegung durch den Hinweis auf die geradezu erbärmlich niedrigen Löhne im vergangenen Jahre, wo der Buchdruckerlohn verschiedene Male noch nicht einmal den Wert eines einzigen Dollars in einer Woche halte. Die Behauptung, daß die deutschen Buchdruckereibesitzer bestrebt gewesen seien, auch in schweren Zeiten ihre Personale zu halten, wurde an Hand der ungeheuren Arbeitslosenzahlen und der rücksichtslosen Durchführung von Kurzarbeit in der Vergangenheit deutlich als Unwahrheit festgestellt. Dem Hinweis auf amerikanische Lohnschwankungen wurde gegenübergestellt, daß in Amerika schon seit über vier Jahren der Buchdruckerlohn wöchentlich 44 bis 50 Dollar beträgt und von solchen Schwankungen, wie sie der Prinzipalsredner erwähnte, kein Buchdrucker in Amerika etwas wisse. Auch die Drohung mit Aufhebung des Reichstarifs wurde in dem Sinne beantwortet, daß die Gehilfenschaft zwar gewillt sei, am Reichstarif festzuhalten, aber dennoch nicht davor zurückschrecken, wenn es nötig sei, in anderer Weise die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln. Die Mehrzahl der Prinzipale würde sich aber gewaltig täuschen, wenn sie glaube, dann besser zu fahren.

Gegenüber den Klagen über zu hohe Steuerbelastung des Unternehmertums wurde nachgewiesen, daß im Jahre 1923 von den ganzen Steuereinnahmen des Reiches 92 Proz. von den Lohnempfängern und nur 8 Proz. von den übrigen Steuerabkern aufgebracht wurden; im laufenden Jahre sank der Anteil der Lohnempfänger an den Steuerleistungen zwar zunächst auf 50 Proz., beträgt heute aber schon wieder 67 Proz. Wenn ein Teil der Prinzipale Betriebskapitalien verloren hätten, so hätten sie aber auch ihre Schulden verloren. Ferner wurde nachgewiesen, daß der Lohn, den wir diesmal gefordert haben, schon in vielen andern Gewerben seit längerer Zeit bezahlt wird. Zurückgewiesen wurde auch die Behauptung, daß die gegenwärtige Konjunktur nur eine Scheinkonjunktur sei und festgestellt, daß das Gewerbe bei dem heutigen hohen Druckpreistarif die geforderten Löhne sehr gut bezahlen könne.

Da die Prinzipalsvertreter nicht in der Lage waren, diese Einwendungen zu widerlegen, verzichteten sie auf jede weitere Wortmeldung, so daß nach etwa zweistündiger Verhandlungsdauer der Vorstehende zunächst zu Sonderberatungen mit den einzelnen Parteien überging. Doch auch diese Vermittlungsversuche ergaben keine Möglichkeit zu einer Verständigung auf dem Wege freier Vereinbarung. Es mußte schließlich doch noch das Zwangsschiedsgericht eingesetzt werden, dessen Beratungen nachmittags gegen 4 Uhr zur Verkündung des Schlichterspruches führte, der schon in voriger Nummer veröffentlicht wurde und einen Spitzenlohn von 40 M. vom 1. November 1924 bis 31. Januar 1925 sowie eine einmalige Sonderauszahlung von 8 bzw. 6 M. am 5. Dezember d. J. festlegte. Den beiderseitigen Parteien wurde aufgegeben, sofort ihre Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs abzugeben. Von beiden Seiten, d. h. zuerst von Prinzipalsseite, wurde hierauf die Ablehnung ausgesprochen. Daß dann im direkten Anschluß an diese Verhandlungen und Erklärungen das Verbindlichkeitsverfahren eingeleitet und „im öffentlichen Interesse“ durch den Herrn Reichsarbeitsminister zum Abschluß gebracht wurde, ist, wie Herr Professor Dr. Brahn nach Verkündung der Verbindlichkeitsklärung zum Ausdruck brachte, ein Novum im deutschen Arbeitsrecht.

Die Gehilfenvertretung hat diesen Zwangsschied nicht gewünscht. Sie fügte sich lediglich dem Zwange der Staatsgewalt und gab damit in erster Linie zu erkennen, daß sie nicht Konjunkturpolitik um jeden Preis treiben will, wie es der Deutsche Buchdrucker-Verein noch bis zu Anfang d. J. in rücksichtsloser Weise gegenüber der Arbeiterschaft des Gewerbes tatsächlich getan hat. Da die „Zeitschrift“ in ihren letzten beiden Nummern zur Bemäntelung der unsozialen und arbeitserfindlichen Haltung des Deutschen Buchdrucker-Vereins sich in dieser Bestrebung die struppellosesten Verbündigungen unserer Vertreter wie auch der gesamten Arbeiterschaft des Buchdruckergewerbes geleistet hat, müssen wir wohl aber über diese Fortführung des Kampfes mit unläuterer Mitteln in nächster Nummer noch ein besonderes Kapitel aufschreiben!

Situationsberichte aus dem Reiche

Bielefeld. Eine gutbesuchte Mitglieberversammlung am 3. November befaßte sich mit der Situation im Gewerbe. Vorsitzender Herr Ströter referierte über die Lohnverhandlungen der letzten Monate, die stets negativ ausfielen. Sodann kam er auf den am 30. Oktober gefällten Schiedspruch zu sprechen. Dieser Schiedspruch entspreche nicht den Verhältnissen und könne von der Gehilfenschaft nicht anerkannt werden. Folgende Resolution fand Annahme: „Die Mitglieberversammlung des Ortsvereins Bielefeld lehnt den Schiedspruch des vom Arbeitsministerium bestellten Schlichters vom 30. Oktober 1924, der einen tariflichen Spitzenlohn von 37 M. wöchentlich vorseht, als nicht den tatsächlichen Teuerungsverhältnissen Rechnung tragend, ab. Die Versammlung erwartet, daß die Gehilfenvertretung und die maßgebenden Verbandsinstanzen kein Mittel unversucht lassen werden, um den Kollegen einen auskömmlichen Lohn zu sichern.“

Blumenthal i. Hann. Unsere Versammlung am 6. November bot den Kollegen Gelegenheit, sich über die Lohnverhandlungen und den Beschluß der Gauvorsteherkonferenz auszusprechen. Alle Redner waren der Meinung, daß längst eine kräftige Lohnerhöhung hätte gewährt werden müssen und daß ein Spitzenlohn von 44 M. bei der schärfer und schärfer einsetzenden Teuerung mehr als gerechtfertigt sei. Zwar war die Ansicht vorherrschend, daß eine sofortige Arbeitsniederlegung wirksamer sei, doch wurden die Gründe, die die Gauvorsteherkonferenz bewogen, den Weg der formellen Kündigung vorzuschlagen, als stichhaltig anerkannt. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die vollzählig besuchte Versammlung des Ortsvereins Blumenthal i. Hann. stellt sich voll und ganz hinter den Beschluß der Gauvorsteherkonferenz vom 2. November. Sie erklärt ausdrücklich, daß sie mit allen Mitteln erstreben wird, diesen Beschluß in den Druckereien Blumenthals zur Geltung zu bringen und spricht den Verbandsinstanzen für die bevorstehenden Lohnverhandlungen ihr Vertrauen aus.“

Braunschweig. Am 10. November nahm eine stark besuchte Versammlung der hiesigen Gehilfen und Hilfsarbeiter nochmals Stellung zur Lohnbewegung. Es wurde beschlossen, die getroffenen Kampfmaßnahmen einzuflecken, die Kündigungen zurückzusetzen und sich auch in Zukunft geschlossen hinter die Führerschaft zu stellen.

Breslau. Einer Meldung des Wolff-Bureaus zufolge beschloß eine Versammlung der streikenden Buchdrucker und Hilfsarbeiter mit 646 gegen 167 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit am Mittwochmorgen. Eine direkte Nachricht lag uns bis zum Abschluß dieser Nummer nicht vor.

Chemnitz. In einer wiederum überfüllten Versammlung am 10. November nahm die hiesige Kollegenschaft Stellung zu dem vom R.A.W. gefällten Schiedsspruch. Nach außerordentlich lebhafter Aussprache wurde folgende Entschliebung angenommen: „Die Mitgliedschaft Chemnitz nimmt Kenntnis von dem gefällten Schiedsspruch und ist mit der durch den Verbandsvorstand erfolgten Ablehnung desselben voll und ganz einverstanden, insbesondere infolge der Dauer des Schiedsspruchs. Sie erklärt aber, zufolge der durch die Verbindlichkeitserklärung gegebenen Rechtslage, den Schiedsspruch anzunehmen und fordert den Verbandsvorstand auf, im abgebenen Augenblicke die Wucht und Geschlossenheit der Organisation wiederum in die Waagschale zu werfen. Die Chemnitzer Buchdrucker versprechen schon heute, sich voll und ganz hinter die Maßnahmen des Verbandsvorstandes zu stellen.“ Wenn die Mitglieder auch in Zukunft in gleicher Weise die Taktik der berufenen Führer schieben, dann dürften auch die Verhandlungen um die Gestaltung des Manteltarifs so geführt werden, daß günstige gewerbliche Arbeits- und Lohnbedingungen gewährleistet sind. Gleichzeitig ist diese Stellungnahme aber auch eine Mahnung an das Unternehmertum im Buchdruckgewerbe, sich den berechtigten Interessen der Arbeiterschaft nicht zu verschließen.

Dessau. Die hiesige Mitgliedschaft nahm Kenntnis von dem gefällten Schiedsspruch und beugt sich dem Spruche nur, um die gewerkschaftliche Disziplin aufrechtzuerhalten.

Dresden. Im Gau und Vorort sind in guter Disziplin alle Maßnahmen durchgeführt worden. Insgesamt sind in vier größeren Gauen und bei 12 einzelnen Prinzipalitäten die Forderungen vollständig bewilligt worden, während in Dresden neben der „Dresdner Volkszeitung“ noch neun Druckerereien bewilligten. Reichlich 300 Kollegen hatten sich die Forderung bewilligt erhalten. Die Kollegen der Löbauer und Meißner Volkszeitung belamen ebenfalls die Forderung bewilligt.

Erfurt. In der Versammlung der Buchdrucker, Buchdruckerhilfsarbeiter und -hilfsarbeiterinnen am 11. November wurde Stellung zu dem neuen, für verbindlich erklärten Schiedsspruch genommen. Der Versammlungsleiter richtete nach einigen einleitenden Worten an die zahlreich Versammelten die Aufforderung, den gegebenen Tatsachen Rechnung zu tragen und die Kündigungen ebenso einmütig — wie sie eingereicht wurden — wieder zurückzuziehen. In der Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Schiedsspruch die Gehilfenschaft durchaus nicht befriedige; man hätte die Forderung der Gehilfenschaft (44 M. Spitzenlohn) aufrecht erhalten und es auf einen Kampf ankommen lassen sollen usw. In der Abstimmung wurde sodann gegen wenige Stimmen dem Diktat zugestimmt.

Frankfurt a. M. (Bezirksversammlung am 3. November.) Die schnelle Erledigung einiger minder wichtiger Tagesordnungspunkte entsprach durchaus der Stimmung der in großer Zahl, etwa 900, erschienenen Frankfurter Kollegen. Tiefe Stille herrschte, als Gauvorsteher K e p e l s das Wort ergriff zur Berichterstattung über die Lohnverhandlungen und die Gauvorsteherkonferenz. In kurzen Sätzen streifte er die Lohn- und Preisbildung seit der Markfestigung und unterzog unsern seit 31. Mai d. J. nicht erhöhten Lohn einem eingehenden Vergleich mit den Lebenshaltungskosten. Die ausgeklügelte, an Bauernschlaubeit grenzende Ablehnung jeder Lohnhöhung durch die Prinzipalvertreter am 28. Oktober d. J., um dem von der Prinzipalität anerufenen Reichsarbeitsministerium jegliche Anrechnungsmöglichkeit zu entziehen, rüttelte selbst die müdesten und abgewirtschaftetsten Inflationsopfer unter der Gehilfenschaft aus ihrer für die gesamte Arbeiterschaft so gefährlichen Leihgarate auf. Mit einem Schlage drängte sich die monatelange Unzufriedenheit an die Oberfläche, und selbst die verammungsmüdesten Kollegen fanden fast ohne Aufforderung den Weg in das „Gewerkschaftshaus“. Der Bericht von der den unzulänglichen Schiedsspruch ablehnenden Gauvorsteherkonferenz wurde mit großer Freude aufgenommen. Endlich war die Stunde gekommen, um auf die jahrelange Konjunkturpolitik der Prinzipalität bei den Lohnverhandlungen die richtige Antwort geben zu können, und selbst der radikalste Kollege konnte den Beschlüssen der Gauvorsteherkonferenz nichts Sichhaltiges entgegensetzen. Einmütig und geschlossen stellte sich die Mitgliedschaft hinter die verantwortlichen Führer und erklärte sich bereit, das letzte Mittel zur Durchsetzung der 44 M.-Forderung ohne Bedenken einzusetzen. Nachdem der Referent noch strengste Einhaltung der Kündigungsfristen empfohlen hatte, lohnte reichlicher Beifall seine trefflichen und markanten Ausführungen. Der vom Versammlungsleiter, Kollegen K e p p l e r, zur Abstimmung gestellte Antrag, jede Diskussion über die Berichte zu unterlassen, wurde einstimmig angenommen, und die Kollegenschaft trennte sich unter Hochrufen auf unsern Verband und die gefassten Beschlüsse.

Halle a. d. S. Eine sehr gut besuchte allgemeine Buchdrucker-Versammlung nahm am 6. November Stellung zur Lage im Gewerbe. An Stelle des Gauvorstehers König, der noch in Berlin weilte, referierte unser Vorsitzender W i e l e p p. Die Versammlung erklärte sich einmütig mit den Richtlinien des Verbandsvorstandes und der Gauvorsteherkonferenz einverstanden, obwohl der Opposition die Stellung eines Ultimatums erwünschter gewesen wäre. Am Freitag hatte die Gehilfenschaft die Kündigung eingereicht und am Sonnabend veröffentlichte die hiesige Presse folgende Notiz: „Die Buchdruckerbesitzer in Halle haben die Forderungen der Gehilfen erneut abgelehnt, so daß der streikenden erfolgten

Kündigung gemäß das Arbeitsverhältnis der Gehilfen in kommender Woche endigt. Dasselbe Bild wird aus den meisten Ortschaften des Bezirks gemeldet. In Halle hat nur die Arbeiterpresse und eine kleinere Druckererei die Forderungen bewilligt.“

Köln. Für Sonntag, den 9. November, hatte der Gauvorstand die Bezirksvorsteher des Gaues zu einer Konferenz nach Köln eingeladen. Restlos waren diese erschienen. Gauvorsteher L ö s c h n e r eröffnete die Konferenz und schilderte dann die organisatorischen und tariflichen Ereignisse seit dem Hamburger Verbandstag. Einen eingehenden Bericht gab er dann von den letzten Lohnverhandlungen, der darauf folgenden Gauvorsteherkonferenz und die bekannten Beschlüsse der letzteren. Diese Ausführungen wurden von dem inzwischen aus Berlin eingetroffenen Kollegen B e r t r a m ergänzt; dieser gab nach Schilderung der letzten Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium zum Schluß den gefällten Schiedsspruch bekannt. Der Spruch sei für verbindlich erklärt und sei infolgedessen ein Teil des Tarifs, und es heiße nun, alle getrockneten Kampfmaßnahmen zurückzuziehen. Eine rege Diskussion setzte ein, deren Extrakt in der folgenden, einstimmig gefassten Entschliebung zum Ausdruck kam: „Die Bezirksvorsteherkonferenz nimmt von dem gefällten und für rechtsverbindlich erklärten Schiedsspruch Kenntnis; sie bedauert, daß der Forderung der Gehilfenschaft auf 44 M. Spitzenlohn nicht Rechnung getragen wurde, da diese Forderung durch die Teuerung gerechtfertigt und das Gewerbe in der Lage ist, die aufgestellte Forderung auch tragen zu können. Mit Rücksicht auf die Verbindlichkeitserklärung ist die Konferenz gezwungen, sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen und ersucht die Kollegenschaft, für die Durchführung Sorge zu tragen.“ Mit dem Beschluß der letzten Gauvorsteherkonferenz aus Kündigung des Manteltarifs zum 1. Dezember war die Konferenz einverstanden. Einmütig wurde auf Vorschlag des Gauvorstandes der Beschluß gefaßt, den nächsten Gautag am 19. und 20. April 1925 in Düsseldorf abzuhalten. Am Nachmittag des 18. April tagt eine Vorberatungskommission. Dann kam die Belehrlingsfrage zur eingehenden Aussprache. Allgemein herrschte die Auffassung vor, daß in dieser Frage mehr Aktivität von seiten der Kollegen an den Tag gelegt werden müsse. Beschlissen wurde, am 14. Dezember d. J. eine Belehrlingsleiterkonferenz in Köln abzuhalten. Unter „Verstärkung“ ersuchte Kollege L ö s c h n e r um genaue und vollständige Ausfüllung der Verbandsstatistik. Nach Erledigung einer Reihe interner Angelegenheiten wurde die prächtig verlaufene Konferenz gegen 6 Uhr abends geschlossen.

Kottbus. Eine sofort nach Bekanntwerden der ergebnislosen Lohnverhandlungen am 30. Oktober einberufene Versammlung faßte den Beschluß, Freitag, den 31. Oktober, den Prinzipalitäten die Forderung auf Anerkennung des Spitzenlohnes von 44 M. zu stellen und im Falle der Ablehnung sofort die Kündigung auszusprechen, um so einen Druck auf die zentralen Verhandlungen auszuüben. Die Anerkennung wurde abgelehnt und sämtliche Kollegen reichten am 31. Oktober ihre Kündigung ein. Eine Einigung (vorbehaltlich der zentralen Einigung) wurde in der „Märkischen Volksstimme“ und in Kleinbetrieben erzielt. Die beiden andern Zeitungsbetriebe traten demzufolge am 7. November aus den Betrieben. Nachdem der für verbindlich erklärte Schiedsspruch offiziell zur Kenntnis gelangte, traten die Vertreter der Gehilfenschaft an die Prinzipalitäten heran und erklärten sich zu Verhandlungen zur Wiederaufnahme der Arbeit auf Grund des Schiedsspruchs bereit. Die Prinzipalitäten lehnten jede Verhandlung ab. Die maßgebenden Prinzipalitäten am Orte haben vor längerer Zeit ein Abkommen getroffen, das den Gehilfen jede Veränderung zur Besserung der Löhne unmöglich macht. Die Gehilfenschaft lehnt einmütig jede Verantwortung für die Verschärfung des Konflikts ab, der durch Verhandlungsbereitschaft seitens der Prinzipalitäten schnell erledigt werden könnte.

Konrad. In der Bezirksversammlung am 6. November gab Gauvorsteher C o n r a d i einen eingehenden Bericht über die Lohnverhandlungen und die darauf folgende Gauvorsteherkonferenz. Die Kollegen gaben ihrer Freude darüber Ausdruck, daß der Verbandsvorstand diesmal in seinen Forderungen mehr Festigkeit gezeigt hat. Die Versammlung sprach die Hoffnung aus, daß unsere Forderungen auch durchgehen. Einige Vertrauensleute gaben Bericht über die bei ihnen erfolgte Kündigung durch die Kollegen. Die andern Druckerereien reichten am folgenden Tage restlos ihre Kündigung ein. Es wurde noch bekannt gemacht, daß einige kleine Druckerereien und die „Volkszeitung“ die Forderung bereits bewilligt haben.

Mannheim. Die Situation auf dem Lohngebiete zwang den Gauvorstand, für Sonntag, den 9. November, eine Konferenz der Bezirksvorsteher nach Mannheim einzuberufen, an der neben den 14 Bezirksvorstehenden auch die Vorsitzenden der Ortsvereine Limburg und Oberstein-Idar ausnahmsweise teilnahmen, weil diese von ihren Bezirksvororten zu weit entfernt liegen und es darauf ankam, die notwendigen Informationen so schnell als möglich zu geben. Kollege C o n r a d i gab nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen einen Rückblick über die Entwicklung auf dem Lohngebiete seit Neuschaffung des Manteltarifs und behandelte dann eingehend die Situation, wie sie die Konferenz der Gauvorsteher am 2. November antrat, deren Maßnahmen Redner im einzelnen besprach. Das am Abend vor der Bezirksvorsteherkonferenz eingegangene Telegramm des Verbandsvorstandes brachte eine Situation, der, wie Redner verlangte, auch eine Umstellung bei der Kollegenschaft folgen müsse, die, so geschlossen, wie sie den Reichungen der Gauvorsteherkonferenz nachkam, nur auch den Lehnen des Verbandsvorstandes folgen müsse. Disziplin sei unerlässliche Voraussetzung jeden gewerkschaftlichen Erfolges, und von dieser Erkenntnis ausgehend möge die Konferenz der Funktionäre des Gaues an die

Behandlung des einzigen Punktes der Tagesordnung herantreten. Die eingehende Diskussion, an der sich fast alle Anwesenden beteiligten, brachte Einverständnis mit den Maßnahmen der Gauvorsteherkonferenz, die fast überall mit Begeisterung aufgenommen und befolgt wurden. Allerdings waren im Gau der Stimmen nicht wenige, die verlangten, daß das kurzfristige Verhalten der Prinzipale sofort mit Arbeitseinstellung hätte beantwortet werden müssen, die immer erklärt hatten, daß die Lage des Gewerbes eine ausreichende Lohngestaltung nicht tragen könne und heute, wo diese Lage sich in ihr Gegenteil verkehrt habe, keinerlei Geneigtheit an den Tag legten, ihr wiederholt in den letzten Jahren gegebenes Versprechen auch einzulösen. Daß die Konferenz der Gauvorsteher den Schiedsspruch mit 37 M. einstimmig abgelehnt habe, sei einmütiger Zustimmung im Lande begegnet. Das Erreichte in der Diskussion war: ein einziges Vertrauensvotum für die verantwortlichen Funktionäre, und aus diesem Votum sprach auch die Einstellung der erdrückenden Mehrheit der Kollegen des Gaus, die das alte Vertrauen zur Organisation und auch zu sich selbst zurückgewonnen haben. In seinem Schlusswort ging Kollege Conradi auf gemachte Ausstellungen ein, dabei besonders hervorhebend, daß die Gauvorsteherkonferenz mit voller Absicht in ihren Maßnahmen alles vermieden habe, was gegen Tarifvertrag oder Gesetz verstoßen könne. Das Ergebnis habe bewiesen, daß es auch ohne solche Verstöße gehen könne und müsse. Folgende Willensäußerung als Ausdruck der Bezirksvorsteherkonferenz fand einmütige Zustimmung: „Die am 9. November 1924 in Mannheim tagende Konferenz der Bezirksvorsteher des Gaus Mittelrhein gibt ihren Erstanten darüber Ausdruck, daß im buchgewerblichen Lohnkampf das Reichsarbeitsministerium dem Unternehmen durch sofortige Verbindlicherklärung des Schiedsspruches mit 40 M. in der Spitze beiprang. Solche Hilfe dieser Regierungsstelle mußte die Gehilfenchaft in den Jahren der Inflation sehr oft vermessen. Wenn trotz dieser einseitigen Stellungnahme des R.A.M. die Bezirksvorsteherkonferenz der Parole des Verbandsvorstandes folgt und die Kampfmaßnahmen so geschlossen abbricht, wie sie eingeleitet wurden, sich also augenblicklich mit dem Schiedsspruch von 40 M., und der einmaligen Wirtschaftshilfe abfindet, so in der Erwartung, daß bei weiterem Steigen der Teuerung aller zur Lebenshaltung notwendigen Bedarfsartikel die Bewegungsfreiheit der Gehilfenchaft nicht durch Maßnahmen des Verbandsvorstandes gehemmt wird — angesichts der langen Befristung des Schiedsspruches bis zum 31. Januar 1925.“ Nachdem Kollege Conradi noch einige wichtige tarifliche, organisatorische und Angelegenheiten des Gaus behandelt hatte, was noch zu einer Aussprache führte, fand die Konferenz 3 Uhr nachmittags ihr Ende, so den Teilnehmern die Möglichkeit bietend, ihren zusammenberufenen Mitgleibern bzw. Vertrauensleuten noch am gleichen Abend Bericht über die veränderte Sachlage geben zu können, die, soweit im Gauvorstand hierüber schon Berichte vorliegen, volles Verständnis bei den Kollegen gefunden hat.

Stettin. Unsere Versammlung am 7. November ging nach Erlebigung der „Bereinsmitteilungen“ zum Hauptpunkt über: Gauvorsteher Reinkle gab Bericht über die Lohnverhandlungen und die Gauvorsteherkonferenz. Er erwähnte besonders, daß auch hier die Druckereibesitzer ihre Betriebe erweiterten und ausstatteten sowie für persönlichen Luxus Geld übrig haben, ferner zahlen sie ihren Direktoren stattliche Gehälter. Dem technischen und Hilfspersonal gegenüber sei man dagegen sehr zugewandt. Kollege Reinkle empfahl dringend, den Weisungen des Verbandsvorstandes zu folgen. Die Ausführungen unseres Gauvorstehers sowie die Maßnahmen des Hauptvorstandes und die Beschlüsse der Gauvorsteherkonferenz wurden beifällig aufgenommen und gutgeheißen. In drei größeren Betrieben war schon ein Vorstoß unternommen. Der eine Direktor liebte allerdings die Beauftragten hochfahrend abzuweisen, er hätte keine Zeit, er müßte „arbeiten“, sie sollten gleichfalls an ihre Arbeit gehen.

Wiesbaden. Sofort nach Erhalt des „Korr.“-Extrablattes tagte hier am 31. Oktober eine allgemeine Buchdruckerversammlung, um zu dem unerhörten Verhalten der Prinzipalsvertretung bei den letzten Lohnverhandlungen Stellung zu nehmen. In scharfen Worten gekelte Vorstehender Schäfer die herausfordernde Haltung der Prinzipalität. Seine Ausführungen fanden die ungeteilte Zustimmung der überfüllten Versammlung. Die Wiesbadener Gehilfenchaft ist ja das Herumschlagen mit den Druckerherren gewöhnt und hätte am liebsten gleich am Sonnabend die Quittung in Gestalt der Arbeitsniederlegung erteilt. Ein Antrag aus der Versammlung, bis zur befriedigenden Regelung der Lohnfrage jede Mehr- und Überstunde abzulehnen, sondern strikte an der 48-Stunden-Woche festzuhalten, wurde einstimmig angenommen. Eine inzwischen eingelaufene Wolff-Meldung über den unzulänglichen Schiedsspruch am 30. Oktober wurde höhnisch und zur Kenntnis genommen. An den Verbandsvorstand wurde noch in der Freitagnacht ein Telegramm geschickt, in welchem die Ablehnung dieses Schiedsspruches gefordert wurde. Bereits am 1. November war die Kollegenchaft wieder versammelt. Da noch keine weiteren Weisungen eingetroffen waren, wurden die Beschlüsse des Vortages erneut bestätigt.

Soziale Monatschau

Die internationale Lage des Arbeitsmarktes hat im Monat Oktober wenig Veränderungen erfahren. In Deutschland ist eine auffallende Besserung des Arbeitsmarktes, die sich besonders in der Abnahme der Kurzarbeit kundgab, zu vermerken. Die Belebung des Arbeitsmarktes war weder auf die zunehmende Ausfuhr noch auf den Rückgang der Preise zurückzuführen, sie ist im wesentlichen die Folge der seit

Monaten währenden Hungertur, die den Bedarf nach Waren wieder erweckte. Die Besserung des Beschäftigungsgrades im Ruhrbergbau ist dennoch auch der wesentlichen Senkung der Kohlenpreise zu verdanken. Dem entspricht in England die entgegengesetzte Tatsache des Rückganges im Beschäftigungsgrad der Bergindustrie, soweit sie für die Ausfuhr arbeitete. Schwer ist die Lage des belgischen und österreichischen Bergbaues. In Österreich erfolgten neue Betriebsstilllegungen. An dieser Stelle möchten wir über die Niederlage der belgischen Bergarbeiter im großen Streik bei Borinage berichten und über lebhafteste Lohnbewegung der französischen Bergarbeiter. Der Beschäftigungsgrad in der Metall- und Maschinenindustrie ist in Europa immer noch sehr gedrückt, und es ist dieser Tiefstand zu einer dauernden Erscheinung geworden. Trotz der Verbesserung des Beschäftigungsgrades in Deutschland ist die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit immer noch unannehmlich groß. In Österreich, Polen und Schweden hat sich die Lage noch verschlechtert. Für die Textilindustrie ist im allgemeinen eine zufriedenstellende Konjunktur vorhanden. Verschlechtert hat sich im Oktober der Beschäftigungsgrad in der Schweiz, wo die Wirtschaftskrise während der Sommermonate bereits überwunden war, die Bauaktivität ist zurückgegangen, ebenso auch in der Tschechoslowakei.

Der im vorigen Monat verzeichnete Rückgang des Reallohnes war auch im Oktober überall vorhanden. Die Lebenshaltungskosten haben sich infolge der Verteuerung der Lebensmittel fast in der ganzen Welt erhöht. (Nur in der Schweiz ist dank der Erhöhung des Geldwertes eine Steigerung der Preise vorläufig unterblieben.) Die Aktionen der Regierungen zur Senkung der Preise, insofern sie verucht wurden, blieben ohne namhaften Erfolg. Die Löhne blieben dagegen im allgemeinen unverändert. In England wurden in einigen Fällen, wie bei der Bekleidungsindustrie, Lohnerhöhungen gemeldet. In den Vereinigten Staaten wurden trotz der Teuerung eher noch Lohnherabsetzungen vorgenommen. Außerordentlich ausgeprägt hat sich die Lage in Deutschland, wo den gedrückten Löhnen andauernd steigende Lebenshaltungskosten entgegenstehen. Die Arbeiterschaft hat kein Vertrauen zum Erfolg der Preisentlastungsaktionen und fordert den Ausgleich durch Lohnerhöhungen. Es sind bereits einige Streikbewegungen im Gange, Tarifverträge wurden gekündigt; es ist für die nahe Zukunft mit umfangreichen Lohnkämpfen zu rechnen.

Lebhafte Bewegung zeigte der vergangene Monat in bezug auf Organisationsfragen sowohl in politischer wie in rein organisatorischer Hinsicht. Die Auseinandersetzung mit den kommunistischen Gewerkschaften war in der letzten Zeit besonders heftig. In Frankreich sind die Syndikalisten aus der kommunistischen Gewerkschaftszentrale ausgegrenzt und wollen eine neue Zentrale gründen. Die Bauarbeiter des Seinegebietes sind daran in erster Linie beteiligt. Die streng kommunistische Richtung des norwegischen Gewerkschaftsbundes wurde aufgegeben und die Zusammenarbeit mit der Amsterdamer Internationale ins Auge gefaßt. Sehr wichtig sind die Vorgänge in Italien, wo der Einfluß der faschistischen Gewerkschaften ständig zurückgeht. Der Wunsch nach Rückkehr zur freien Gewerkschaft ist im Steigen. Besonders die Metall-, Textil- und Bauarbeiter kehren zu ihren alten Gewerkschaften zurück. Der faschistische Tarifvertrag für die Metallindustrie, der die Arbeiter den Unternehmern rechtlos auslieferte, wird zur Verstärkung der Bewegung beitragen. Es soll hier noch die Bestrebung zur Schaffung einer grünen Internationale der Bauernschaft erwähnt werden, die in der letzten Zeit unter Leitung des bekannten Bauernführers Professor Laur in der Schweiz wesentliche Fortschritte machte. Bekanntlich wurde auch von Moskau aus eine Bauerninternationale ins Leben gerufen, die bestrebt ist, hauptsächlich in den Balkanländern Anhänger zu gewinnen.

Rein organisatorisch wurde die Frage nach Umgestaltung der Berufsverbände in Industrieorganisationen weiter erörtert. Die Nationalerekrutur der belgischen Gewerkschaften hat sich grundsätzlich für die Industrieorganisationen ausgesprochen. Indessen wird auf den meisten Kongressen, selbst bei grundsätzlicher Zustimmung zu den Industrieverbänden, die Umgestaltung als noch nicht reif bezeichnet. Vorerst möchten sich die verwandten Organisationen durch besondere Blindnisverträge helfen. Internationale Blindnisse sind in der letzten Zeit in Skandinavien zwischen einer Anzahl von Organisationen der Angestellten und der Arbeiter Schwedens, Norwegens und Dänemarks zur gegenseitigen Unterstützung bei Arbeitskämpfen und für andere Zwecke zustande gekommen: Aus Finnland und Rumänien wird die Verfolgung der Gewerkschaftsführer seitens der Regierung berichtet. Der amerikanische Gewerkschaftskongress wird Mitte November in El Paso stattfinden. Voraussetzungen sind dort der Vorschlag zur Gründung einer politischen Arbeiterpartei gemacht. Seine Annahme und Verwirklichung würde eine höchwichtige Tatsache sein.

Auf sozialpolitischem Gebiet müssen wir uns in erster Linie nach den Wirkungen des Wahlsieges der englischen Konservativen fragen. Die Arbeiterregierung hat sich für die internationale Regelung der Sozialpolitik eingesetzt und bemühte sich insbesondere die internationale Ratifizierung des Achtstundentages. Nun ist der Erfolg dieser Anstrengungen in Frage gestellt. Auch sonst empfing der europäische Kontinent von der englischen Arbeiterregierung auf sozialem Gebiet wichtige Anregungen. In diesem Zusammenhang möchten wir einer sehr lehrreichen Studie gedenken, die die englischen Arbeiterorganisationen vor kurzem ausgearbeitet haben. Sie bezieht sich auf eine anschauliche Darstellung der kapitalistischen Arbeitsmethoden und der dadurch verursachten Verschwendung und Unterproduktion. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik möchten wir noch folgende Fragen von Wichtigkeit, die im vergangenen Monat behandelt wurden, hervorheben. Aber die Wanderungsfrage wurde vom Internationalen Gewerkschaftsbund eine Konferenz in Prag veranstaltet. Die Frage wird vom französischen Gewerk-

Schaftsbund dauernd auf der Tagesordnung gehalten; infolge des großen Arbeitermangels in Frankreich strömen Arbeiter aus den verschiedensten Ländern dorthin und nehmen oft Arbeitsbedingungen an, die sowohl ihnen selbst wie für die französischen Arbeiter abträglich sind. Dieleml Zustand gilt es abzuwenden und überhaupt den internationalen Arbeitsmarkt durch die Kontrolle der Aus- und Einwanderung zu organisieren. In Frankreich wurde eine gewerkschaftliche Einrichtung zu diesem Zweck bereits geschaffen. Dem Internationalen Arbeitsamt wurde bei der Kontrolle eine wichtige Rolle zugeteilt. Das Internationale Arbeitsamt hat überhaupte in der letzten Zeit an Bedeutung und Ansehen gewonnen, sowohl seitens der Regierungen, welche weitere Beschlüsse der Arbeitskonferenzen im Oktober ratifizierten, wie der Arbeiterorganisationen. So hat sich z. B. auch der norwegische Gewerkschaftsbund entschlossen, künftighin seine Vertreter nach Genf zu schicken. Bisher hielt er sich grundsätzlich fern.

Die Fragen der Berufsberatung haben eine internationale Konferenz der romanischen Länder in Toulouse beschäftigt. Die Störungen des Arbeitsmarktes, die übermäßige Beschäftigung einiger Industriezweige (Metalle, Elektrizitätsindustrie), das Abströmen der Landbevölkerung in die Städte (Frankreich, Schweiz usw.) macht die Lenkung der Arbeitskraft in die Gebiete, wo dafür Verwendung ist, zu einer wichtigen Aufgabe. Den Fragen der Berufsberatung wird dabei ebenfalls lebhaftes Interesse zugewendet. Auch können wir eine wachsende Aufmerksamkeit für die Behandlung der Fragen in bezug auf die beste Ausnutzung der Arbeitskraft mit Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter beobachten. Es wird über die Weibehen Forbs, Taptors, über die Gruppenarbeit zur Verbesserung der Arbeiter usw. in der Gewerkschaftspressen viel mehr als bisher geschrieben.

Auch wird den Problemen des Tarifvertrages eine weit größere Aufmerksamkeit geschenkt. Das Ansinnen der deutschen Unternehmer, statt allgemeiner Tarifverträge den Werk- bzw. Leistungsarbeitsvertrag einzuführen, gab zu energischer Abwehr seitens der freien Gewerkschaften Anlaß.

Der große Erfolg der amerikanischen Arbeiterbanken hat die Gewerkschaften zur Gründung von gewerkschaftlichen Banken veranlaßt. Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Deutschland hat ihre Geschäfte am 1. Oktober aufgenommen. Auch in andern Ländern gibt es Bestrebungen zur Gründung einer Gewerkschaftsbank, sowohl für die Sammlung der gewerkschaftlichen Gelder wie der Sparbeiträge der Arbeiterschaft, um sie in den Dienst der gewerkschaftlichen, gemeinwirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben zu stellen. A. S.

Korrespondenzen

Dresden. Recht eigenartige Praktiken wendet seit längerer Zeit der hiesige Prinzipal Herr Karl Heinrich, Kleine Reikner Gasse 4, an, die die davon Betroffenen schwer schädigen können. Die Firma ist bekannt, daß sie früher und auch jetzt wieder sehr viel Obermaschinenmeister verbraucht. In diesem Jahre hat die Firma bereits fünf Obermeister gehabt. Selbst die besten Kräfte können es bei den Charaktereigenschaften des Herrn Karl Heinrich nicht lange aushalten. Zu Auseinandersetzungen führen fast ausschließlich die mangelhaften technischen Einrichtungen im Maschinenpark, besonders der Zustand der stark abgewirtschafteten Maschinen. Trotzdem Herr Heinrich diese Zustände kennt, bekommt jeder abgehende Obermeister, aber auch die übrigen Kollegen ein zweifelhaftes Zeugnis, dessen Inhalt die Unfähigkeit des Abgehenden offen oder auch versteckt enthüllt. In einigen Fällen ist es gelungen, eine Abänderung zu erzielen. Zwei führende Dresdener Prinzipale sind vom Gausvorsteher ersucht worden, Herrn Heinrich zu befehlen, da wir sonst härtere Maßnahmen ergreifen. Die Herren haben dahingehend gewirkt, jedoch ohne Erfolg. Aus diesem Grunde wenden wir uns an die Öffentlichkeit, um alle Kollegen zur Vorlicht bei Angeboten dieser Firma zu ermahnen.

Ribingen. Am 26. Oktober fand hier eine Bezirksversammlung des Bezirksvereins Würzburg statt, wozu auch die Lehrlinge geladen waren. Besucht war die Versammlung von sämtlichen Ribinger Kollegen. Um 9 Uhr wurde sie vom Kollegen Müller (Ribingen) eröffnet. Die Kollegen Engel und Ebert (Würzburg) waren als Referenten gewonnen. Kollege Engel sprach über „Die engere berufliche und gewerkschaftliche Organisation im Verband“ mit großem Geschick. Kollege Ebert, als Bezirkslehrlingsleiter, warb für die Lehrlingsorganisation. Sämtliche Lehrlinge am Ort traten der Lehrlingsabteilung wieder bei. Alles in allem waren die Ausführungen sehr lehrreich. Die Diskussion war ziemlich rege. Man erfas daraus, daß auch im Bezirk Würzburg neues Leben aus den Ruinen sprießt.

Leipzig. (D r u c k e r.) In der außerordentlich stark besuchten Versammlung am 10. Oktober streifte Kollege Thomas unter „Berichtsbericht“ die wichtigsten Vorkommnisse innerhalb des Vereins- und Spartenlebens. Ganz besonders machte er auf die für das Winterhalbjahr geplanten, sehr zahlreichen Fortbildungsmöglichkeiten aufmerksam und richtete im speziellen an die jüngeren Kollegen das Ersuchen, sich recht rege daran zu beteiligen. Der zweite Tagesordnungspunkt wurde durch die Vorführung eines Lehrfilms der „Romaa“ (Wauen) ausgefüllt. In diesem wurde im Besondern den etwa 600 Anwesenden in leichtfaßlicher Weise ein Einblick in die Entwicklung der Rotationsmaschinen von der kleinsten achtseitigen Miniatur bis zum Weiteiten Nischen gegeben. Bewunderung erregten auch die Spezialmaschinen für Illustrations- und Werldruck, insbesondere die große Bücherdruckmaschine, auf welcher bis zu 384 Seiten gedruckt werden können. Die Vorführung wurde ergänzt durch interessante und lehrreiche Ausführungen des Leipziger Vertreters der „Romaa“, Herrn Direktor G e m-

b i c k l i, und ein reiches Anschauungsmaterial. Der Film legte in treffender Weise Zeugnis ab von der Größe und Bedeutung des weltbekannten Unternehmens. Auch an dieser Stelle sei der Firma nochmals gedankt für ihr Entgegenkommen. Mit dem Wunsch, auch fernerhin alle Veranstaltungslagen so zahlreich zu besuchen, schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung.

Memmingen. Am 27. September feierte unser Ortsverein sein 25 jähriges Gründungsjubiläum im engen Familien- und Kollegenkreise. Von den 15 Gründungsmitgliedern gehören heute noch zwei (Kollege Kerler sen. und Hörger) dem Ortsverein an. Letzterer, schon seit mehreren Jahren Vorsitzender, gab einen kurzen Rückblick über die 25 Vereinsjahre. Er zeigte an Hand der Statistik, daß der Ortsverein nicht nur in organisatorischer Hinsicht ernste Arbeit zu leisten hatte, sondern auch die Kollegialität pflegte. Bei Gesang, Preisquadräten und Tanz verlief die Feler in echt kollegialer Weise. Mögen die Mitglieder des Ortsvereins auch weiterhin stets eingedenk sein, daß nur Einigkeit stark macht und stets treu zu unster großen Organisation, dem Verband, halten.

Allgemeine Rundschau

Rechtzeitige Ablieferung der Verbandsstatistik! Es sei nochmals daran erinnert, daß die am 10. November ausgefüllten Fragebogen zur Verbandsstatistik über die tariflichen und beruflichen Gegenwartsverhältnisse bis spätestens 17. November an die Gauvorstände eingesandt werden müssen. Im Interesse der rechtzeitigen Fertigstellung der wichtigen Statistik ist die pünktliche Einhaltung der festgesetzten Einsendungsfrist dringend notwendig.

Forcierung der Maschinenlehrausbildung durch die Prinzipalität mittels Umlagen und Prämien. Der Deutsche Buchdrucker-Verein hat in seiner Lübecker großen Hauptvorstandssitzung (27. und 28. Juni) tatkräftige Förderung der Maschinenlehrausbildung sowie die Errichtung von Offsetschulen beschlossen. Kreisweise, wo einigermassen die Voraussetzungen dazu gegeben sind, sucht man diesen Beschlüssen Rechnung zu tragen. Aus einem streng vertraulichen Zirkular des Berliner Prinzipalvereins wie aus den uns bekannt gewordenen Nebenumständen erfahren wir, wie die Sache betrieben wird und was dahinter steht. Ende November läuft der erste Kurjus für die auszubildenden Maschinenlehler ab. Die Linotype führenden Firmen haben auf je sechs Maschinenlehler einen neuen Maschinenlehler auszubilden und erhalten dafür Vergütung in Höhe eines Handseherminimumlohnes. Weil das aber noch nicht gezogen hat, erhält jede auszubildende Firma für jeden fertig ausgebildeten Maschinenlehler ein Maschinenlehlerminimum als Prämie, auch die ausgebildeten bekommen die gleiche Prämie. Da das, wenn die Sache klappt, eine Stange Geld kostet — sechs Ausbildungen im Jahr sind für größere Firmen Vorchrift —, so wird der Umlageweg sehr kräftig beschritten. Auch die Mergenthaler Fabrik sorgt durch ihre Schule nach Möglichkeit für Maschinenlehlerausbildung. Es ist Krampf, was da zum Vorschein kommt. Der Maschinenlehlermangel hat wohl seine Hauptursache in der von der Prinzipalität hartnäckig verfolgten Schlechterstellung der Maschinenlehler gegen früher. Allen Bestrebungen zum Trotz sind die Anmeldungen bisher hinter den Erwartungen zurückgeblieben. 68 Kollegen haben sich nur bereit gefunden und 36 Mann sind erst ausgebildet worden. Daß man es hauptsächlich auf die Marke N. B. abgesehen hatte, diese aber kaum mit 1 Proz. unter den Anmeldungen vertreten ist, macht den Kollendorfer Maschinenlehlerkongress noch um vieles interessanter. „Streng vertraulich“ kann nötigenfalls darüber einiges mehr gesagt werden.

Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckgewerbe. Die Arbeitslosenzählung in unserm Verbands im Monat Oktober erstreckte sich auf 200 Zahlstellen. Sedenfalls veranlaßt durch die Lohnbewegung, sanken diesmal 50 Zahlstellen mit 10 228 Mitgliedern keinen Bericht an die Hauptverwaltung ein. Die Gesamtmitgliederszahl betrug 71 000. An Arbeitslosen wurden gezählt 636 (gegen 1915 im September). Die Zahl der Kurzarbeiter belief sich auf 127 in 35 Betrieben (gegen 351 in 93 Betrieben im September). Es arbeiteten noch verfürzt:

Bis zu acht Stunden	57 Mitglieder in 8 Betrieben,
9 bis 16 Stunden	8 Mitglieder in 5 Betrieben,
17 bis 24 Stunden	44 Mitglieder in 18 Betrieben,
25 und mehr Stunden	18 Mitglieder in 4 Betrieben.

Gegenüber dem Vormonat sank die Zahl der Arbeitslosen um 1279, die der Kurzarbeiter um 224.

Krankentassenzentralisierung. In Magdeburg ist am 10. November die Überführung der Graphischen Ortskrankenkasse in die dortige Allgemeine Ortskrankenkasse beschlossen worden. Die Graphische Ortskrankenkasse war eine Fortsetzung der Buchdrucker-Ortskrankenkasse zu Magdeburg und diese wieder ging aus der bereits im Jahre 1791 gegründeten Buchdruckerrentenkasse in Magdeburg hervor. In dieser Kasse, die unter den ältesten Buchdruckerrenten Deutschlands die siebente Stelle einnahm, war der erste organisatorische Vorläufer in Magdeburg zu erblicken.

Neuregelung des Achttundentages in Sicht. Unter Bestätigung einer Meldung des „Genfer Journals“ über eine bevorstehende Neuregelung des Achttundentages in Deutschland durch den Reichsarbeitsminister wurde dem „Berliner Tagblatt“ von nahebeder Seite mitgeteilt, daß das Reichsarbeitsministerium damit beschäftigt ist, einen Gehetentwurf auszuarbeiten, der unter Berücksichtigung des Washingtoner Abkommens eine endgültige Regelung der Arbeitszeitfrage an Stelle des Protokolls vom Dezember v. J. vorlegt. Der Entwurf wird dem Reichsrat

und dem Reichstag ausgehen; es soll im Zusammenhang mit ihm auch die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens erfolgen.

Steuerermäßigungsstermine. Obwohl der Reallohn der Arbeiter und Angestellten im Laufe der letzten sechs Monate gesunken ist, stieg ihre steuerliche Belastung im Verhältnis zu den übrigen Steuerzahlern fortgesetzt. Während im schlimmsten Inflationsjahre 1923 die Lohnempfänger fast die gesamten Einkommensteuern allein aufbringen mußten, ging infolge der Währungsbesetzung der steuerliche Anteil der Lohnempfänger in den ersten Monaten des Jahres 1924 etwas zurück. Er betrug im Januar 45,3 Proz., im Februar 49 Proz. und im März 44,4 Proz. Seitdem ist der Lohnsteueranteil aber wieder erheblich angestiegen, nämlich auf 52,8 Proz. im April, 54,2 Proz. im Mai, 63,3 Proz. im Juni, 56,1 Prozent im Juli, 61,2 Proz. im August, 67,0 Proz. im September. Endlich soll nunmehr von der Reichsregierung ein schwacher Versuch zur Wiederherstellung des Steuerrechts unternommen werden. Laut einer soeben erlassenen Verordnung des Reichspräsidenten über wirtschaftlich notwendige Steuerermäßigungen macht sich die Ermäßigung der Einkommen- und Körperschaftsteuern um ein Viertel für die Gewinnerzielenden erstmalig bei dem am 10. Januar 1925 fälligen Monatsvorauszahlungen geltend. Der Steuerabzug vom Arbeitslohn ist zurzeit noch nach den bisherigen Vorschriften vorzunehmen. Die vorgelebten Ermäßigungen gelten erstmals für den Steuerabzug, der für Arbeitsleistungen im Dezember vorgenommen wird. Die Ermäßigung der allgemeinen Umsatzsteuer von 2 auf 1,5 Proz. und der erhöhten Umsatzsteuer von 15 auf 10 Proz. gilt erst für die Umsätze, die vom 1. Januar an erzielt werden.

Verbesserung bei der Lohnzahlung. Wie der „Vorwärts“ berichtet, tritt mit dem 1. Dezember d. J. der tarifliche Zustand wieder ein. Für alle Lohngruppen erfolgt eine gleichmäßige Lohnerrhöhung von 9 Proz. mit der Maßgabe, daß die Mindestzulage 4 Pf. pro Stunde betragen muß. An Stelle der zehntägigen Lohnzahlung tritt wieder die wöchentliche.

Briefkasten

R. N. in B.: Die großen gewerkschaftlichen Weisheiten in der „Roten Fahne“ und im „Graphischen Bild“ dürfen wohl keinen mit der Normalzahl der menschlichen Sinne versehenen Kollegen veranlassen, sein Heiß bei den kommunistisch abgemessenen Buchdrucker in suchen. Es stehen ja viel mehr aus diesem Nirwana zurüd, als dort landen. Seit dem Novemberstreik 1923 in Berlin haben die großen Kosmopoliten allen Kredit verloren. Die Kooptation 1924 der Gewerkschaft ist etwas ganz anderes geworden als die Generalstreikerrangation des DDB im Januar. Bei welcher Gelegenheit wir ja eine kommunistische Drukerel, deren Blatt die Aufspaltung der Buchdrucker mit Hochdruck betrieb, als Mitglied des DDB, vorlesen konnten. Also lassen Sie den Artikel ungeliebt; es genügt die Momentaufnahme, die Schamvolligkeit wird auch so erkannt. — M. R. in A.: Die Antwort auf Ihre Anfrage ergibt sich aus der Bestimmung des Verbandsvorsitzandes in Nr. 24 des „Korr.“, davon abweichende Lohnzahlungen waren nur mit Vorbehalt anzunehmen, und zwar ohne Einschränkung der vorgezeichneten Maßnahmen. — G.: Der Artikel hätte früher eingeleitet werden müssen, so ist er zu spät gekommen. Wenn er früher eingegangen, hätten wir ihn herausgeputzt, denn bei den Generalstreikern unserer Unternehmerschaft muß die Argumentation haarscharf sein. Die Begriffslosigkeit ist da immer groß. Wünsche oder andere über die „Typographischen Mitteilungen“ können wir auch nur weitersagen. Es muß also immer nach Salomonstraße 8 adressiert werden. — G. in A.: Danken Ihnen sehr für überlieferten Artikel. Damit wird einem wirtlichen Bedürfnis entsprochen. — G. in B.: Die veränderte Situation läßt Aufnahme in gewöhnlicher Form nicht möglich erscheinen. Wird bei passender Gelegenheit anderweitig verwendet werden. — M. R. in A.: Die Berufstätigkeit ist bisher auf speziellem Wunsch der zuständigen Organisationsleitung unterblieben, und zwar aus organisatorischen Gründen, die auch wir als berechtigt anerkennen. Die Fragesteller sind bemachtigt auf ihr besonderes Nachhören und wo nötig auf ihre Organisationsleitung zu verweisen. Gebt Gruß! — M. R. in B.: Vielen Dank für Ihre Zuschrift. Im übrigen aber möge der Herr in dem „Korrespondent“ als allein richtige Antwort dienen. — M. in A.: Wollen die große Dienstleistung der Herrn von Wägen gut im Gedächtnis behalten, einwickeln aber auf den Fall im „Korr.“ nicht eingehen. — G. in G.: Der „Korr.“ wird ja nunmehr seine Hand bekommen, seien Sie also getroßt in die Linie. — G. W. in B.: Wenn darüber auch schon manches in den letzten Jahren erschienen ist, so kann gelegentlich diese Materie neu be-

handelt werden. — K. A.: Nach Ihrer Schilderung scheint das ja ein „netter“ Mensch zu sein. Deswegen wäre es auch schade um das Papier, auf dem dieser Held im „Korr.“ „verewigt“ werden sollte. In der Form könnte es zudem nicht geschehen. Der Vorstand hat ja die Sache in Händen; er wird sich diesen „Betriebsleiter“ schon einmal näher betrachten. — L. in A.: Der von Ihnen genannte Herr Sturm ist Direktor über die in Leipzig verbliebenen Verwaltungszweige des DDB. Wenn Herr Sturm auch kein heiliges Sachse ist — seine Wiege lag in Bayern —, so hätte er doch in der langen Zeit seines Druker und Beispielg Buchdruckeremissions ins Feld wegherger können, daß seine in Rheinlands Wechalen sehr unternehmende Mission, unsere Kollegen vor der „Unfruchtbarkeit“ eines Streikes zu bewahren, die denkbar größte Unfruchtbarkeit gewesen ist. Er wird darüber nun ja wohl sehr im Stille sein. — R. M. in M.: Inf. 482: Nach Abzug von 90 Pf. Guthaben sind noch 4,20 M. einzulösen. — G. W. in A.: Inf. 482: 2,85 M. — G. R. in A.: Inf. 470: 2,10 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 6 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1191 Postfachkonto: Berlin Nr. 1923 87 (B. Schweinly)

Sau Dresden. Der Konflikt mit den Kodak-Werken, Buchdruckmaschinenfabrik, Weidenau bei Dresden, ist durch gütliche Vereinbarung beigelegt worden. Der Tarif wird in allen seinen Teilen anerkannt. Der Gewerkschaft.

Beitrag Westfalen-Land. Der Beitrag beträgt 1,75 M., erstmalig zahlbar am 15. November. Remuneration wird nur von 1,20 M. Verbandsbeitrag und 25 Pf. Beibetrag gewährt. Nachrechnung von „Korr.“ und „Jugendbuchdrucker“ darf nur bei gleichzeitiger Einzahlung der 20 R q u t i u g erfolgen.

Gewerkschafts-Kontak. Im die Adressen der Seker Karl S t o d e r (Hauptbuchnummer 52 425) und Willi S e i d i g (115 016) bildet wiederholt Lilo P ä h n e l, Chemnitz, Pektaloystraße 7.

Adressenveränderungen

Gummowald. (Maschinenmoller.) Vorsitzender: Valentin F r i s c h e r, Schützenstr. 9, Rausch a. Mq. Vorsitzender: Peter E h l, Marktstraße 39, II.

Arbeitslosenunterstützung

Hauptverwaltung. Bericht vom Monat September 1924. Auf der Reife: 301 Mitglieder. Ortsunterstützung erhielten: 1706 Mitglieder. An Unterstützungen wurden gezahlt:

Table with 5 columns: Beschäftigungsart, in der Reiseunterstützung (Mitgl., Tage), in der Ortsunterstützung (Mitgl., Tage), Unterstützungen insgesamt. Rows include: Götter, Maschinenmoller, Druker, Strecktypen, Galvanoplastiker, Korrektoren, Faktoren, Schriftsetzer, Stempelmaschinen, Lithographen und Steinbrücker.

Im Unterstützungsbezuge verblieben am 27. September 1924: 912 Mitglieder. Unterstützungen im September 1923: 356515. Daher weniger Unterstützungen im September 1924: 318602. Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt im September 1924: an reisende Mitglieder 7514,10 M., an arbeitslose Mitglieder am Orte 28223,30 M., insgesamt 35737,40 M. Arbeitslosenunterstützungen wurden gezahlt: im dritten Quartal 1924: 131 664 im dritten Quartal 1923: 508 847 weniger Tage im dritten Quartal 1924: 577 183

Anzeigen

Anzeigengebühr: Die sechspfeilige Zeile 15 Goldpfge. für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Todesanzeigen; sonstige Anzeigen 75 Goldpfge. Rabatt wird nicht gewährt.
Einige tüchtige Schriftsetzer für Werk und Anzeigen gesucht von der Buchdruckerei Scheller, Wittlingen (Hann.).
Für unsere in Nachsicht herzustellende Zeitung suchen wir wie zum baldigen Eintritt einen tüchtigen Textsetzer der sich als solcher schon bewährt hat und dies durch Zeugnisse nachweisen kann. Angenehme Stellung, Bezahlung über Tarif. Ferner ist in unserem Betriebe ein Stellen frei für einen erstklassigen
München! Für eine wöchentlich erscheinende Fachzeitschrift suchen wir einen
Metteur der in besserem Ansehen als bewandert ist und mit Interesse arbeitet, in Dauerstelle. Ortsansässige bevorzugt. Off. an Societätsdruckerei München, Gabelsbergerstraße 75.
Ein Altzindsetzer und ein Schriftsetzer in Dauerstellung gesucht. Gehalt nach Abereinkunft. Buchdruckerei Otto Martini, Marienwerder (Westpr.).
Zwei gute Altzindsetzer in dauernder und angenehmer Stellung zum sofortigen Antritt gesucht. Jährliche Bezahlung (darüber, möglichst mit Beteiligung selbstgeleiteter Arbeiten, arbeiten an Hoffmann & Reiber, Strich.

Ähltiger Linotypsetzer guter Maschinenkennner, zum 14. Dezember in angenehme Dauerstellung gesucht. 1425 F. Hoffmann & Co., Buchdruck. u. Zeltungsverl., Neuburg (Wester).
Ähltiger Linotypsetzer zum sofortigen Eintritt gesucht. Nur Solide Geher mit längerer Praxis wollen sich melden. Wegen Wohnungsmangel werd. Led. bevorzugt. Ferd. Gehelbäuser'sche Buchdruckerei, Kempten (Aigau).
Ähltiger Typographsetzer für U.-H.-Maschine in dauernde Stellung bei guter Bezahlung gesucht. 1435 Brucker zum Oudenburg, G. m. b. H., Magdeburg.
Wir suchen für sofort einen tüchtigen
Ähltiger Typographsetzer für U.-H.-Maschine. Angebote mit Wohnansprüchen arbeiten an der Kreisblattdruckerei G. Vogt, Ehsau.

Ähltiger Typographsetzer mit längerer Praxis für A-Maschine in Dauerstell. gesucht für Werke und Reichsdruckerei, begleitend zu gelegentlichem Eintritt selbständ. arbeitenden
Seherstereotypen Anhaltische Buchdruckerei Gutenberg, Dessau.
Mehrere Drucker für guten Illustrations-, Werk- und Plattendruck stellt sofort ein Julius Bels, Langensalza.
Ähltiger Typographsetzer und zuverläßiger
Maschinenmeister für 8-12 Womags sofort gesucht. Angebote mit Zeugnissen an die Vogtländische Maschinenfabrik, Leipzig, Karlstraße 10.
Ähltiger Maschinenmeister tüchtiger Illustrationsdrucker, sofort nach Thüringen gesucht. Gerolds Verlag, Pöfned.
Erfahrene Maschinenmeister die m. Universal-Saugapparat vertraut und an sauberen Arbeiten gewöhnt sind, zum sofortigen Antritt gesucht. Bewerbungen mit näheren Angaben an 1450 Graphia Akt.-Ges., vormals C. Grumbach, Leipzig, Querstraße 14.
Ähltige Schriftsetzer an die Foucher-Komplettmaschine Type I und II gesucht. Angebote erbeten an Schriftsetzer Bauer & Co., Stuttgart.
Erfahrener Galvanoplastiker in dauernde Stellung gesucht. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen an Neuburg & Wlms, Hamburg, Alter Steinweg 73/77.
Kunstschrift- Werkzeuge u. Vorlagen beliehen Sie vorzuzugst von K. Siegl, München 9, Rosalumburgstraße 1.
Galvanoplastiker durchaus tüchtig im Prägen, Abdecken und Fertigmachen für dauernde Stellung suchen Dr. v. Zöbbecke & Co., Erfurt.
Xylographen für technischen Holzchnitt finden dauernde, angenehme Stellung. 1403 Dr. v. Zöbbecke & Co., Erfurt.
Ähltiger Maschinenmeister für Tiegels- und Schnellpresse sowie an Königs-Vogelhalter, sauber arbeitend, sucht per 1. Dezember Stellung. Gehl. Offerten unter Nr. 491 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.
Papierseheren 23 1/2 cm lang . . 1,75 G.-M. 28 1/2 cm lang . . 2,00 G.-M. 29 cm lang . . 2,25 G.-M. Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Leipzig, Salomonstraße 8 III. (Postfachkonto 53130.)

ANTWORTET AUF JEDE MEYERS Hand-Lexikon

Meyers Handlexikon
13.-M.
Neuzeit z. Z. vollständiges Friedenslexikon. Enthält auf 116 Seiten etwa 7500 Stichwörter mit 2000 Abbildungen, 58 bunten und schwarzen Tafeln sowie 46 farbigen u. schwarzen Karten u. 24 Text- u. statistischen Übersichten. Elegante Ganzleinen geb.

Meyers kleiner Handatlas
12.-M.
mit alphabetischem Ortsregister u. 48 Haupt- u. 86 Nebenkarten. Er gibt ein klares Bild über die heutige Amtseinteilung der Welt. Er enthält die geographisch-politischen Umrisse, den jetzigen Stand der Forschung und die Entwicklung des Verkehrs. Er gehört neben Meyers Handlexikon zu den Bibliothek eines jeden. Elegante Ganzleinen geb.

Ich lasere diese beiden Werke 6 Monatszahlungen, einzeln gegen 5 Monatszahlungen mit 10% Teilzahlungszuschlag, der bei Barzahlung fortfällt.

Karl Block, Buchhandlung, Berlin SW 68
Kochstraße 9 - Postfach 207 49.
Unterschrift gilt als Bestellung des nicht Durchstrichenen. Die erste Rate - der ganze Betrag - folgt gleichzeitig - ist nachzunehmen. Der Betrag wird durch 6 bzw. 5 Monatszahlungen mit 10% Teilzahlungszuschlag beglichen. (Nichtgewünschtes geht un durchgestrichen). Erfüllungsort Berlin.

Ort und Datum:

Name, Stand u. Adresse:

Korr. f. Deutschl. Buchdr.

Requiem Monatszahlungen!

Meyers Handlexikon 13.-M.
Meyers kleiner Handatlas 12.-M.

Ich lasere diese beiden Werke 6 Monatszahlungen, einzeln gegen 5 Monatszahlungen mit 10% Teilzahlungszuschlag, der bei Barzahlung fortfällt.

Karl Block, Buchhandlung, Berlin SW 68
Kochstraße 9 - Postfach 207 49.
Unterschrift gilt als Bestellung des nicht Durchstrichenen. Die erste Rate - der ganze Betrag - folgt gleichzeitig - ist nachzunehmen. Der Betrag wird durch 6 bzw. 5 Monatszahlungen mit 10% Teilzahlungszuschlag beglichen. (Nichtgewünschtes geht un durchgestrichen). Erfüllungsort Berlin.

Ort und Datum:

Name, Stand u. Adresse:

Korr. f. Deutschl. Buchdr.

Zwei Maschinenmeister
erfahren im Werk- und Plattenruck, mit Köhlschem oder Universalanleger vertraut, zu sofortigem Eintritt gesucht.
F. C. Haag, Meile 1. Haus.

Selbständiger Schweizerdegen
im Sack sowie an Schnellpressen und Tiegeln durchaus tüchtig und erfahren, für sofort in dauernde Stellung gesucht.
Angebote mit Zeugnisabschriften an Buchdruckerei Alwin Rab, Schmiedeburg i. Riesengeb.

Tüchtiger Monotypsetzer
(Co-Taster, eventuell auch an D-Taster bald eingerichtet), mit sehr guter Sachleitung, in Zeugnissen, sucht Stellung.
Offerten erbeten unter N. 457 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7.

Maschinenmeister
Prüfung Sächsen! Brandenburg! Ende 20, verheiratet, faub. Qualifikation, arbeitet, wünscht sich in Dauerstellung zu veränderen. Off. Angebote unter Nr. 492 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Der erste Band
der Bäckergilde Gutenberg wird Weihnachten 1924 herausgegeben unter dem Titel:
»Mit heitern Augen«
Erzählungen von Mark Twain.
Zur Feststellung der Auflage ist es nötig, daß alle an die Mitglieder vertriebenen Einzelzeichnungen bis 1. Dezember 1924 nach Leipzig zurückgesandt werden.
Bäckergilde Gutenberg Leipzig, Salomonstr. 8

Sehwinkelehen
Schiffe u. Maschinen jeder Art repariert sachgemäß.
A. Herrmann, Leipzig-K., Rathausstraße 46.

Weicher Druckerkollege
tauscht Stellung von Düsseldorf nach Bremen. Anfragen an Erwin Bremer in Bremen, Falterkamp 81.

Abkündigung!
Offsetdrucker
Alle Bedarfsartikel und Maschinen für den Offsetdruck liefern prompt! 122
Beizer & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

Oswald Grubbe
Ehrendes Gedächtnis bewahrt ihm der Ortsverein Altdorf (Pfr.).

Am 10. November ver-
schied an Schlagfluß unser Kollege, der Druckereivalde
Oswald Grubbe
Ehrendes Gedächtnis bewahrt ihm der Ortsverein Altdorf (Pfr.).

Am 1. November ver-
starb nach langem Krankenlager unser lieber Kollege, der Erster
August Karl Stied
aus Kreuznach, im Alter von 64 Jahren.
Ein ehrendes Gedächtnis bewahrt ihm
Der Ortsverein Frankfurt a. Main.

Meister + Metteur
(23 J. alt), Akz., Werk- u. Insperanten, Kenntnisse in Druck, Papier u. Kaufm., sucht Wirkungsstätte. Angebote an Hermann Böling, Linfort bei Duisburg, Mühlstr. 307. Suchender ist perfekter
Kalkulator

Tüchtiger Schriftsetzer
früher Tagblattmetteur, der auch Typograph A ausheissen kann, verb. kurze Zeit außerberuflich tätig, sucht in Süddeutschland Dauerstellung. Angebote erbeten an S. Werder, Saugau (Württ.).

Anzeigenseher
Sucht Dauerstellung. Beste Zeugnisse vorhanden. Angebote erbeten an Walter Geis, Teuten i. Vogtl., Perlestr. 4.

Typographseher
Sucht sich am 1. Dezember in angenehme Dauerstellung zu verändern. Am liebsten besprechen. Angeb. unter Nr. 494 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Maschinenmeister
Junger, wirklich tüchtiger, in allen Druckarten erfahrener
Maschinenmeister
Kenner des U. W. F., wünscht sich zu verändern als Vollenzieher oder Leiter.
Off. Angeb. unter Nr. 480 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Edellose Verläufe an Autos
nur mit Rauchschilderbiegung, Mitteln. pos. 5. 2. M. Rauch, Stuttgart, Ludwigsstr. 11.

Verein der Stereotypen u. Galvanoplastiker Berlins und Umgegend
Sonntag, den 16. November, vormittags 10 Uhr, im „Dresdener Kasino“, Dresdener Straße 96.
Vereinsversammlung
Tagesordnung: 1. Neuaufnahmen. 2. Vortrag „Der 16. November 1923 - der 16. November 1924“. 3. Bericht.
Die Lage im Gewerbe erfordert das pünktliche Erscheinen eines jeden Kollegen.
Jedes Mitglied ist verpflichtet bei Stellungswechsel sein Vereinsbuch beim Druckereikaffierer zu ver-langen. Am Freitag, dem 14. November, muß die 48. Woche geklebt sein.
Der Vorstand.

Praktische Berufskleidung für das Buchdruckgewerbe
liefert in erklärlicher Qualität und Ausführung allerwärts
A. C. Holz, Stuttgart, Motikstraße 77. Tel. 2366.
Fabrikation von Berufskleidung aller Gewerbe. Kleinhersteller der Qualitätsmarke A. C. W. Rekord, nur echt mit der Schuhmarke des Z. R. III.

Druckereileiter nach Hamburg
von aller Zeitschriften- und Buchdruckerei mit kleinerem Akzidenz-betrieb (Rotation, Pressen, Tiegeln, Schmalzmaschinen, Stereotypen) möglichst für sofort gesucht. Beklettert wird auf bestempfohlenen Herrn, möglichst mit Meisterdiplom, mit lang-jährigen Zeugnissen und Erfahrungen, an absolut zuverlässigen Arbeiten gewöhnt und befähigt, einem etwa 30köpfigen Personal mit Umficht und Takt vorzuleiten. Umfassende Kenntnisse in Kalkulation, im Lohn- und Preistarif, Einkauf, Lohnbuchführung und den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen (Steuerabzug, Krankenkasse, Invalidität usw.) sind Bedingung. Herren, die diesen Ansprüchen genügen, bieten sich eine selbständige, besonders
angenehme, ausreichend dotierte Dauerstellung
Off. ausführliche Angebote unter Beifügung von Zeug-nisabschriften und möglichst auch Bild, mit Angabe der Gehaltsansprüche erbeten unter Nr. 489 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7.

Jüngerer, lediger Werkseher
für illustrierte Sportzeitung sofort nach Chemnitz gesucht. Angebote mit Alter und Lohnforderung erbeten an die „Allgemeine Sportrundschau“, Chemnitz.
Sofort gesucht einige jüngere, tüchtige
Inferatenseher
und ein sachkundiger
Linotypseher
„Neues Mannheimer Volksblatt“.

Katalog- und Tabellenseher
Sucht für sofort.
F. Haberlein, Leipzig-Reudnitz, Ellenburger Straße 10/11.

Anzeigen- und Tabellenseher
sowie einen
Maschinenmeister
welcher möglichst auch im Rotationsdruck bewandert ist, stellt sofort ein
C. Müllers Buchdruckerei, Eberswalde.

Tüchtiger Linotypseher
von SPD-Druckerei sofort gesucht.
Off. Angebote an
„Volksblatt“, Spandau, Potsdamer Straße 48.

Münchener Großdruckerei
Sucht für sofort oder später
ersten Akzidenzseher
welcher im Entwurf und Satz hervorragendes zu leisten ver-mag, in angenehme, gutbezahlte Dauerstellung.
Ausführliche Offerten mit Lohnansprüchen unter Nr. 471 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.
Ich suche zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen
Akzidenzseher
der im Entwurf und Satz ganz hervorragendes leistet. An-gebote mit Zeugnisabschriften und Musterarbeiten sind zu richten an die
Buchdruckerei Gotthard Seatz, Magdeburg-S.,
Buckauer Straße 17.

Maschinenseher
nur echte Kraft, für Linotypseher-Ideal gegen Höchstlohn gesucht.
Buchdruckerei Max Eisenhardt,
Kassel, Orleansstraße 4.

Tüchtiger Maschinenseher
wird zur Leitung der Sechsmaschinenabteilung einer großen Druckerei in Breslau gesucht.
Off. Angebote unter Nr. 496 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Tüchtiger Linotypseher
gegen hohen Lohn sofort gesucht.
[495]
Großbuchdruckerei Ernst Moritz S. m. b. H.,
Mühlheim-Kuhr.

Zwei Linotypseher
gute Maschinenkennner und pfeifer, für sofort in angenehme, dauernde Stellung gesucht.
[479]
Buchdruckerei Ernst Köppel, Quedlinburg a. S.

Tüchtiger Linotypseher
sofort gesucht.
Buchdruckerei Dr. J. Poppe, Leipzig-K., Grenzstraße 21.

Ein Typographseher
(U-B) sowie
ein tüchtiger Metteur
und
ein Akzidenzseher
der in Satz und Entwurf Hervorragendes leistet, werden in angenehme, aber Tarif bezahlte Stellung
gesucht.
Offerten erbeten unter Nr. 440 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7.

Erstklassiger Monotypseher
mit langjähriger Praxis, der imstande ist, einwandfreien Satz zu liefern und jede Schwierigkeit zu beheben, in dauernde Stellung nach Leipzig gesucht.
Angebote unter Nr. 486 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Tüchtigen Maschinenmeister
für sehr guten Werkdruck, vertraut mit Rotary-Anlegeapparat, stellt ein
[420]
G. Kreyling, Leipzig, Seeburgstraße 51.

Tüchtigen Maschinenmeister
stellt sofort ein
[449]
Buchdruckerei und Geschäftsbüchsenfabrik Karl Jabel,
Mühlheim-Kuhr-Caarn.

Tüchtiger Galvanoplastiker
baldmöglichst für dauernd gesucht.
[461]
C. Schwarz vorm. Emil Hauck, Leipzig, Teutnerstraße 11.